

Island hat, wovon die Schweiz träumt

Autor(en): **Kaufmann, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **107 (2010)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839595>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Island hat, wovon die Schweiz träumt

Island könnte für die Schweiz ein Vorbild sein: Der Inselstaat hat eine beispielhafte Elternzeitversicherung. Gleichberechtigung in der Familie wird auf der Nordatlantikinsel ohnehin gross geschrieben – auch in Krisenzeiten.

Der 37 Jahre alte Jóhannes Þór Skúlason ist ein vielbeschäftigter Mann. Der Vater von zwei schulpflichtigen Kindern arbeitet mit einem vollen Pensum als Geschichtslehrer an der Grundschule von Hafnarfjörður im Süden der isländischen Hauptstadt Reykjavik. Im vergangenen Jahr leitete er die Kampagne gegen das isländische Schuldentrückzahlungsabkommen «Icesave» mit den Niederlanden und Grossbritannien: «In der Volksabstimmung stimmten über 90 Prozent der Isländer gegen das Parlamentsgesetz», sagt Jóhannes bei einem Treffen im «Café Paris» an der Austurstræti gleich ausserhalb des isländischen Parlamentes Althingi. An diesem dunklen und kalten Novembereabend ziehen wie so oft hunderte von Demonstranten durch die Strassen von Reykjavik: «Sie demonstrieren gegen die Politik der rot-grünen Regierung», sagt Jóhannes und fügt hinzu, dass viele Familien wegen der Finanzkrise ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen könnten.

Island hat dramatische Jahre hinter sich: Im Herbst 2008 wurde der Inselstaat mit gut 300 000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf halbem Weg zwischen Europa und Amerika von der UNO zum Land mit der «höchsten Lebensqualität» ernannt*. Gleichzeitig brach das aufgeblasene Bankensystem des Landes, das zuletzt zehn Mal so gross wie das Volkseinkommen war, über Nacht zusammen. Die Folgen waren schwerwiegend: Der finanziellen Krise folgten der wirtschaftliche Ein-

bruch, die Ablösung der bürgerlichen Regierung und die «Massenauswanderung vieler junger Menschen», wie Jóhannes Þór Skúlason betont. Er und seine Frau, die 38-jährige Æsa Strand Viðarsdóttir, können sich – so Jóhannes – allerdings «glücklich schätzen: Wir haben beide sichere Stellen». Æsa arbeitet als Bibliothekarin an der Reykjaviker Universität.

GESAMTSCHULE UND KINDERHORT

Die beiden Kinder des Paares aus Hafnarfjörður, der sechsjährige Bragi Strand Jóhannesson und die vier Jahre ältere Schwester Eygló Strand Jóhannesdóttir, besuchen beide eine lokale Primarschule. Wenn die Eltern früh aus dem Hause müssen oder spät nach Hause kommen, dann gibt es an der Schule einen Hort, in dem geföhstückt werden kann und die Kinder nach Ende des Unterrichts am Nachmittag betreut werden. Als Folge der grossen isländischen Krise muss zwar auch das Schulwesen sparen, doch an «Grundwerten einer modernen Wohlfahrtsgesellschaft wollen und werden wir nicht rütteln», hält die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurðardóttir fest. Die 68 Jahre alte Ex-Stewardess der isländischen Fluggesellschaft Icelandair gilt als wichtigste Fürsprecherin der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern im Inselstaat, der seit kurzem mit der Europäischen Union um eine Aufnahme verhandelt.

> Fortsetzung von Seite 27

13 Monate zu 80 Prozent des Bruttolohns. Zwei Monate sind jeweils individuell für Vater oder Mutter reserviert.

SKANDINAVIEN INVESTIERT IN FAMILIEN

Andere Länder wie Frankreich oder Österreich gehen zwar in Bezug auf das Elterngeld weniger weit. Dafür ist die Elternzeit, in der ein Kündigungsschutz besteht, sehr grosszügig geregelt. In Österreich beträgt die Dauer der Elternzeit 24 Monate, in Frankreich sogar 36 Monate. Beurteilt man die Kostenfolgen des vorliegenden Modells für die Schweiz, ist zu berücksichtigen, dass die Ausgaben für die Familien unter dem europäischen Durchschnitt liegen. In der Schweiz beliefen sich die gesamten Unterstützungsleistungen für Familien und Kin-

der im Jahr 2008 auf einen Betrag, der 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Vergleichbar tiefe Werte kennen nur noch die Niederlande, Italien, Spanien und Polen. An der Spitze stehen die skandinavischen Staaten, die bis zu dreimal mehr für die Familien ausgeben. Aber auch in Deutschland, Österreich und Frankreich ist die Unterstützung für die Familien deutlich grösser als in unserem Land. ■

Jürg Krummenacher

Präsident der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)

Publikation: Elternzeit – Elterngeld.

Ein Modellvorschlag der EKFF für die Schweiz

Publikation herunterladen: www.ekff.ch

Tatsächlich ist es Sigurðardóttir bislang gelungen, den in den letzten Jahrzehnten Schritt für Schritt aufgebauten Sozialstaat trotz einem radikalen und durch den Internationalen Währungsfonds vorgeschriebenen Sparkurs am Leben zu erhalten. Dazu gehört die vorbildliche isländische Elternzeitversicherung: «Sie ermöglichte uns, die Zeit mit unseren Kindern gleichmässig aufzuteilen», sagt Familienvater Jóhannes. Neun Monate Elternzeit stehen isländischen Vätern und Mütter nach Gesetz zur Verfügung, in deren Verlauf 80 Prozent des Lohnes bis zu einem Maximalbetrag von etwa 3500 Franken pro Monat ausbezahlt werden. Wie kein anderes Land der Welt hat Island dabei auf die Gleichberechtigung gesetzt: Je drei der insgesamt neun Monate stehen der Mutter beziehungsweise dem Vater zur Verfügung, die übrigen drei Monate können frei aufgeteilt werden.

WENIGER STRESS, MEHR LEBENSQUALITÄT

In der Schule, wo Geschichtslehrer Jóhannes beschäftigt ist, schafft dies kaum Probleme: «Es gibt im Moment genug Leute, die gerne eine Stellvertretung übernehmen wollen», sagt er. Überhaupt hat die schwere Wirtschaftskrise in der isländischen Gesellschaft nicht nur negative Spuren hinterlassen: «Viele Familien, die früher wegen mehrfachen Arbeitsbelastungen kaum Zeit füreinander hatten, leben heute mit viel weniger Stress», sagt die frühere Sozialministerin Alfheidur Ingadóttir, die heute dem nationalen Parlament angehört. Diese Einschätzung teilt der Chef des isländischen Gesundheitsamtes, Geir Gunnlaugsson: «Viele Menschen haben plötzlich wieder viel mehr Zeit füreinander, das erhöht die Lebensqualität», sagt der Chefbeamte.

Seit dem Ausbruch der grossen Krise vor zwei Jahren sind die Geburtenzahlen auf Island nach oben geschwungen und gehören heute zu den höchsten der Welt. Die staatlich finanzierte Elternversicherung musste sich allerdings den knapper gewordenen Budgets anpassen, so dass der maximale monatliche Lohnersatz um fast zwanzig Prozent nach unten korrigiert worden ist: «Die über diese Versicherung bezogenen Vattertage dürften sich wohl reduzieren», ist Jóhannes Þór Skúlason überzeugt. Er möchte sich in den kommenden Monaten dafür engagieren, dass der demokratische Wohlfahrtsstaat Island gestärkt aus der Krise heraus kommen kann. Deshalb kandidiert er für den neuen Verfassungsrat des Landes, der Ende dieses Jahres in einer allgemeinen Wahl bestellt wird – und im kommenden Jahr eine neue Verfassung schreiben soll.

GLEICHBERECHTIGUNGSKAMPF MIT TRADITION

Im Vorfeld dieser Wahl fand Anfang November in Reykjavik eine so genannte nationale Versammlung statt, an der sich über 1000 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger des Landes zu den Fundamenten und Eckpfeilern des neuen Grundgesetzes austauschten: «Der Schlüsselbegriff in allen Diskussionen war die Gleichberechtigung», erzählt die Versammlungsteilnehmerin



Starke Sozialleistungen tragen zum Familienglück bei: Æsa Strand Viðarsdóttir (38) und Jóhannes Þór Skúlason (37) mit Eygló Strand Jóhannesdóttir (10) und Bragi Strand Jóhannesson (6).

Bild: Anna Lilja Magnúsdóttir

Jóna Sólveig. Die 25 Jahre alte Studentin hat zwei kleine Töchter, die einjährige Elín Ylfa und die dreijährige Sólilja: »Die Gleichberechtigung ist uns hier auf Island so wichtig, weil wir immer wieder dafür kämpfen mussten«. Deshalb verfügt das Land wegen seiner beschränkten Mittel vielleicht nicht über die grosszügigsten Sozialleistungen, sicherlich aber über die egalitärsten.

Ein ganz neues Phänomen ist dies nicht: «Schon in den alten isländischen Sagas wird über heftige Auseinandersetzungen zwischen Männern und Frauen berichtet», sagt der Historiker Jóhannes Þór Skúlason. Bereits im Jahre 930 bildeten die Isländer ein erstes Parlament, das Allthingi. Als Volk, das bis vor kurzem ganz von der Fischwirtschaft abhängig war, nahmen Frauen und Männer zwar gesonderte, aber wichtige gesellschaftliche Rollen ein. Schliesslich trug die Homogenität und Abgeschlossenheit des Landes dazu bei, dass fast alle Isländerinnen und Isländer irgendwo miteinander verwandt sind. Deshalb war es vor allem für den männlichen Teil der Gesellschaft ein Schock, als zehntausende Isländerinnen Mitte der 1980-er Jahre einen Frauenstreik einleiteten. Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen wurde die Kvinnalista, die erste Frauenpartei, zu einer wichtigen politischen Kraft. Sie trug dazu bei, dass Island als eines der ersten Länder eine gleichberechtigte Elternzeitregelung eingeführt hat – an der auch in Krisenzeiten niemand mehr rütteln möchte. ■

Bruno Kaufmann
Reykjavik

*Im jüngsten UNO-Ranking zur Lebensqualität ist Island wegen der Wirtschaftskrise auf den 17. Rang abgerutscht.